

**Rede
des polizeipolitischen Sprechers**

Karsten Becker, MdL

zu TOP Nr. 38

Ist die Arbeitsbelastung der Polizei gewachsen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU – Drs. 17/5308
Antwort der Landesregierung – Drs. 17/5777

während der Plenarsitzung vom 09.06.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

Niedersachsen ist heute sicherer denn je.

Und damit hier auch mal alle wissen, über was wir reden, ein paar Kennzahlen:

- In den vergangenen zehn Jahren ist die Gesamtzahl der Straftaten gegenüber dem Jahr 2006 von 603.597 Fällen auf 568.740 Fälle zurückgegangen. Ein Rückgang um 5,82 Prozent.
- Die Zahl der Kriminalitätsoffer ist in dieser Zeit von 100.962 auf 93.784 – zum dritten Mal in Folge – auf den insgesamt niedrigsten Stand zurückgegangen.
- Und die Aufklärungsquote ist in den vergangenen zehn Jahren von 55,52 Prozent auf 61,17 Prozent gestiegen.

Anrede,

Sie können es drehen und wenden wie Sie wollen, die Polizei in Niedersachsen kann ihre Aufgaben und die Einsatzlagen mit dem bestehenden Personal ganz offensichtlich sehr erfolgreich bewältigen. Und dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei allen Polizeibeamtinnen und -beamten, die mit ihrer engagierten Arbeit dazu beigetragen haben.

Damit können Sie als Opposition offenbar schlecht umgehen, meine Damen und Herren von der CDU. Es wäre doch mal schön, wenn Sie die Erfolge anerkennen und die Polizei dafür auch mal ein bisschen loben würden. Der Polizei nutzt es jedenfalls nichts, wenn Sie ihre beachtlichen Leistungen, die sich auch in der Kriminalstatistik eindrucksvoll spiegeln, kleinreden.

Nach unserer Überzeugung haben wir es nämlich zu einem Großteil der Einsatzbereitschaft und dem klugen konzeptionellen Handeln unseren Polizistinnen und Polizisten zu verdanken, dass Niedersachsen bei der Kriminalitätsbekämpfung und insbesondere der Aufklärung von Straftaten – gerade auch im nationalen Vergleich der Bundesländer – so gut dasteht.

Stattdessen lassen Sie die Kriminalitätsstatistik links liegen, meine Damen und Herren von der CDU, und nehmen sich einzelne Phänomene vor. Oder Sie verfolgen Ihr Ziel über Umwege, indem Sie die soziale Situation der Polizeibeamtinnen und -beamten in den Mittelpunkt stellen. Exakt jene soziale Situation, die Sie während Ihrer Regierungszeit selbst hervorgerufen haben, meine Damen und Herren von der CDU!

Sie werden sich ja wohl noch erinnern, dass Sie es waren, die in Ihrer zehnjährigen Regierungszeit den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die beruflichen Perspektiven genommen haben. Sie haben die Bedingungen mit Ihrem A11-Erlass dafür gesetzt, dass 80 Prozent aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten es bestenfalls noch in das erste Beförderungsamts geschafft hätten, bevor sie sich von allen Karriereerwartungen hätten verabschieden müssen.

Erst mit der Aufhebung Ihres „A11-Erlasses“ und der Schaffung von jährlich 3.000 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten nach A10 und A11 haben wir – Innenminister Boris Pistorius und die rot-grüne Mehrheit dieses Hauses – die Attraktivität des Polizeiberufs in Niedersachsen wieder auf ein einigermaßen angemessenes Maß angehoben.

Ich will die Entwicklung der Stellensituation in der Polizei mal beschreiben: Es war die rot-grüne Vor-Vorgängerregierung, die die zweigeteilte Laufbahn für die niedersächsische Polizei im Jahr 1992 eingeführt hat. Ich bin Ihnen im Übrigen wirklich dankbar, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie diese Entscheidung mit Ihrer Regierungsübernahme 2003 nicht wieder kassiert, sondern übernommen und die personalwirtschaftliche Umsetzung im Jahr 2010 zum Abschluss gebracht haben. Damit haben wir auch heute noch alle Voraussetzungen für eine leistungsfähige, sozialkompetent agierende Bürgerpolizei.

Aber Sie haben die Stellen des ehemaligen mittleren Dienstes lediglich in Stellen des Eingangsamtes A9, teilweise auch A10 - und in ganz geringem Umfang auch in A11-Stellen umgewandelt. Im Ergebnis waren fast die Hälfte der Stellen des Polizeivollzugsdienstes im Haushalt 2012/13 lediglich im Eingangsamts verortet.

Und wir waren es wieder – diese rot-grüne Landesregierung – die dieses strukturelle Problem angepackt und mit einem ersten Stellenhebungsprogramm

- 750 Stellenhebungen von A9 nach A10
- und weitere 750 Stellen von A10 nach A11 transferiert haben.

Und damit konnte immerhin der Anteil der Polizeivollzugsbeamtinnen und – beamten im Eingangsamt A9 von ca. 50 Prozent auf aktuell ca. 42 Prozent reduziert werden.

Anrede,

das zeigt: wir tun eine Menge zur Verbesserung der sozialen Situation unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Aber wir können auch nicht auf einen Schlag all das korrigieren, was Sie von 2003 bis 2012 liegengelassen oder auf die falsche Spur gesetzt haben, meine Damen und Herren von der CDU.

Anrede,

in der Tat: wir haben gegenwärtig eine Reihe hoher Belastungsmomente für die Polizei. Die Ursachen liegen allerdings nicht in der Routine des Alltags, sondern in der ausgesprochen dichten Einsatzlage des vergangenen Jahres.

- Es begann mit den HOGESA–Provokationen in Köln und Hannover,
- den Auftritten der regionalen PEGIDA-Ableger, die die Polizei nach wie vor beschäftigen,
- dem Polizeieinsatz anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am 18. März 2015,
- und setzte sich fort über den G7-Gipfel auf Schloss Elmau am 7./8. Juni 2015.
- Parallel dazu liefen die Einsätze zum Schutz von Sportveranstaltungen – konkret von Fußballspielen der – 1. bis 5. Liga.

Die Erwartung, in der Sommerpause Luft holen und Überstunden abbauen zu können – was prinzipiell in jedem Jahr möglich ist – ist dann von der Flüchtlingslage konterkariert worden. Und nach der Sommerpause ging es dann weiter mit der Unterstützung der hessischen Polizei beim Tag der Deutschen Einheit in Frankfurt am 3. Oktober.

Diese konkreten Einsatzlagen wurden begleitet von einer anhaltend hohen Belastung durch die Bekämpfung des Islamistischen Terrorismus mit dem mindestens symbolischen Höhepunkt der Absage des Länderspiels am 17. November in Hannover und einer Zunahme polizeilicher Reaktionsbedarfe auf die Aktivierung der rechtsradikalen Szene.

Vor diesem Hintergrund hatten unsere Polizeibeamtinnen und -beamten nach den Erhebungen der Landesregierung zum 31. Dezember vergangenen Jahres „Zeitguthaben“ und „Mehrarbeit“ in einer Größenordnung von ca. 1,4 Millionen Stunden angesammelt.

Das ist viel! Und wir nehmen das sehr ernst. Und wir sagen deutlich: Das kann kein Dauerzustand bleiben.

Anrede,

zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Zusammentreffen von „Zugleich“-Aufgaben keine neue Erscheinung darstellt. Im polizeilichen Alltag kommt es immer wieder zu einer Häufung von Aufgaben, in deren Folge Freizeitausgleiche nur eingeschränkt möglich sind und die zu Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen. Das war auch zu Regierungszeiten von FDP und CDU in Niedersachsen nicht anders.

Anrede,

Sie wissen, dass die Ausweisung zusätzlicher Stellen nicht nur anhand der kurzfristigen Kassenlage, sondern anhand des langfristigen finanziellen Spielraums beurteilt werden muss. Nichtsdestotrotz: Wir werden auch auf die für die Polizei

herausfordernde Gesamtsituation regieren und die Personalsituation angemessen anpassen.

Ich halte es aber für völlig falsch, Personalanpassungen in einen Kontext mit steigenden Zahlen bei der Einbruchskriminalität zu stellen. Der Grund für zusätzliche Mehreinstellungen ist, dass die Gesamtbelastung der Polizei zugenommen hat. Und weil schon allein die aktuelle Zuwanderung zusätzliche Aufgaben – auch für die Polizei – mit sich bringen wird.

102.231 Asylsuchende sind im vergangenen Jahr nach Niedersachsen gekommen. Damit ist unserer Bevölkerung um ca. 1,25 Prozent angewachsen. Und diese Menschen werden im Alltag genauso präsent sein, wie die hier schon seit vielen Jahren lebenden Menschen. Und sie werden

- genauso in Verkehrsunfälle verwickelt werden,
- vor Gefahren geschützt werden müssen,
- Opfer oder Zeugen von Straftaten werden,
- oder auch selbst Straftaten begehen,

wie dies auch bei den hier bereits seit vielen Jahren lebenden Menschen der Fall ist.

Anrede,

wir haben darum bereits zum 1. April des vergangenen Jahres 182 Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter zusätzlich neu eingestellt. Und wir werden diese „Vorratseinstellungen“ von jeweils 150 zusätzlichen Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärtern auch in den Jahren 2017 und 2018 fortführen und damit im Rahmen der Organisationsvorsorge verstetigen. Und wir packen auch die zu lange vernachlässigte soziale Situation der Polizeibeamtinnen und –beamten an.

Ein Beispiel ist die Zulagenvergütung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten, den wir zeitnah auf den Durchschnittswert der Bundesländer anheben werden. Und

wir wollen auch die Heilfürsorge für alle Polizeibeamtinnen und –beamten wieder einführen.

All das sind Schritte zur Verbesserung der sozialen Situation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Polizeidienst. Schritte, die wir unseren Polizeibeamtinnen und –beamten angesichts ihrer herausfordernden und zunehmend komplexeren Aufgaben schuldig sind, und die Sie in Ihrer Regierungszeit nicht vorgenommen haben, meine Damen und Herren von der Opposition.

Anrede,

ich hatte es schon erwähnt, dass Niedersachsen bei der Kriminalitätsbekämpfung und insbesondere der Aufklärung von Straftaten – gerade auch im nationalen Vergleich – gut dasteht. Und Ihr Ansatz, einen Aspekt – nämlich die Entwicklung der Wohnungseinbrüche – isoliert aus dem gesamten Kriminalitätsgeschehen herauszuheben und zum Gradmesser der Sicherheit in Niedersachsen zu machen, strotzt nicht eben vor Seriosität. Denn auch im Bereich der Einbruchskriminalität liegt die Aufklärungsquote der niedersächsischen Polizei im Spitzenbereich und deutlich über dem Durchschnitt der Bundesländer.

Soviel als kurze Vorbemerkung zu Ihrem Antrag „Vorausschauende Polizeiarbeit ermöglichen“, den wir ja gleich abstimmen.

Zunächst einmal: die Niedersächsische Polizei arbeitet vorausschauend! Sie orientiert ihre Strategie und ihr operatives Vorgehen selbstverständlich an detailliert ausgewerteten Lagebildern und sie agiert dementsprechend erfreulich häufig „vor der Lage“.

Natürlich kann man solche Lagebildanalysen technisch unterstützen. Die niedersächsische Polizei tut auch das bereits mit ihren Statistik- und Analysetools der Vorgangsbearbeitungssoftware NIVADIS. Es hat durch das LKA Niedersachsen auch bereits Erprobungen entsprechender Prognosetools gegeben, die allerdings noch nicht überzeugen konnten. Wenn sich die Leistungsfähigkeit dieser Techno-

logie hinreichend verbessert, und Tatörtlichkeiten und -zeiten tatsächlich mit hinreichender Wahrscheinlichkeit prognostiziert werden können, werden wir diese Technik in Niedersachsen selbstverständlich unverzüglich einsetzen.

Aber die Untersuchungen dazu laufen doch noch – aktuell ein vielversprechendes Projekt in Baden-Württemberg mit wissenschaftlicher Unterstützung des Max-Planck-Instituts.

Lassen Sie uns die gerade laufende Auswertung der Ende April abgeschlossenen Erprobung doch einfach abwarten, bevor wir hier mit großem Aufwand Fakten schaffen.